**Zeitschrift:** Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
**Herausgeber:** Schweizerische Friedensgesellschaft
**Band:** - (1906)
**Heft:** 3-4

**Artikel:** Der sozialdemokratische Parteitag in Olten und die Militärfrage
**Autor:** [s.n.]
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-802522

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

auf praktischer Basis zwischen den Nationen eintritt, stammen von einem Berliner Mitarbeiter des „Hannoverschen Courier", dem wir dieselben entnehmen:

Zu den wichtigsten Gegenständen, die im Haag diskutiert werden dürften, gehört meiner Ansicht nach die Schaffung neutraler Zonen zur Abgrenzung der Haupthandelswege auf dem Ozean. Es ist dies eine Frage, der man in Amerika das grösste Interesse entgegenbringt, und mein lieber und geschätzter Freund, Herr Edward Atkinson in Boston, ist drüben der Hauptvertreter der Idee eines neutralen Gebietes im Atlantischen Ozean. Es handelt sich darum, durch internationalen Vertrag neutrale Zonen zwischen den Haupthäfen der Vereinigten Staaten einerseits und den Häfen Grossbritanniens und Irlands und des europäischen Kontinents anderseits zu errichten, innerhalb derer Dampfern und Seglern, in Ausübung gesetzlich erlaubten Handels, freie Passage, ohne eine Intervention oder Beschlagnahme befürchten zu müssen, garantiert werden soll. Eine Ozeanroute ist gerade so gut abgrenzbar wie ein beliebiger Landesteil. Der Seemann vermag seine Position genau auf die Seemeile zu berechnen. Die von den Schiffen benutzten Verkehrsrouten sind heute fast ebenso genau begrenzt wie die Fluss- und Kanalläufe. Diese Handelslinien waren von den Staaten, die untereinander auf den Austausch ihrer Erzeugnisse und Waren angewiesen sind, vertraglich festzulegen. Ihre Neutralisierung wäre zwischen den Staaten, die an den Atlantischen Ozean grenzen, und überhaupt den Nationen, die auf den überseeischen Verkehr angewiesen sind, zu vereinbaren.

Die vorgeschlagene Ozeanroute würde in Zukunft rechtlich dieselbe Stellung wie etwa die Schweiz, Belgien oder der Suezkanal einnehmen. Jede Beschränkung des Kriegsareals ist ein Gewinn. Ich führe vergleichsweise das Gebiet der grossen Seen und der Wasserwege zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada an. Im Jahre 1817 wurden diese durch einfaches Uebereinkommen ohne Zugrundelegung eines besonderen Vertrages neutralisiert. Und was war das Resultat? Forts, die beiderseits errichtet waren, sind heute blosse romantische Ruinen. Man liess sie zerfallen, anstatt sie zu rekonstruieren, zu erweitern und ihnen mit enormen Kosten neue Garnisonen und Geschütze zuzuführen, die möglicherweise zu gefährlichen Zwischenfällen Veranlassung gegeben hätten. Der Handel blühte, ein Kriegsschiff hat man in jenen Gegenden nie zu Gesicht bekommen, und kolossale Ausgaben sind in dem verflossenen Jahrhundert vermieden worden.

Von anderen Dingen, mit denen sich die Konferenz zu beschäftigen haben wird, erwähne ich hier noch die Unzulässigkeit der Beschlagnahme privaten Eigentums auf See, die Kodifizierung der Rechte der Neutralen, eine Revision der Rechte der Kriegführenden auf hoher See, besonders die schwimmenden Minen und unterseeischen Torpedos betreffend, und die Verwendung der „Dum-Dum-Geschosse", eine Frage, die zweifellos wieder auftauchen wird.

Das Thema von der Beschränkung der Rüstungen wird sicher ebenfalls zur Diskussion kommen, aber ich verspreche mir davon auf der nächsten Konferenz noch keine praktischen Resultate. Womit nicht gesagt sein soll, dass eine teilweise Abrüstung als Ergebnis besonderer Vereinbarungen zwischen einzelnen Mächten (Schweden und Norwegen!) überhaupt nicht möglich wäre.

——o——

## Der sozialdemokratische Parteitag in Olten und die Militärfrage.

Die sozialdemokratische Partei hat am 11. Februar in Olten über die Militärfrage diskutiert, wobei eine Anzahl Thesen besprochen und in nachstehenden Formen angenommen wurden.

Ohne viele Worte wurde These I angenommen:

„Die sozialdemokratische Partei der Schweiz erstrebt im Bunde mit den sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder die Abschaffung aller Kriegsmöglichkeiten und Kriegsmittel unter den zivilisierten Völkern.

„Sie verlangt die Erledigung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte."

Desto länger wurde dann über These II verhandelt:

„Solange dieser Zustand nicht unter den Völkern Mitteleuropas hergestellt ist, anerkennt sie ein Volksheer mit der ausschliesslichen Bestimmung der Verteidigung des Landes gegen Angriffe von aussen."

Referenten über diese wie über die anderen Thesen waren Greulich in deutscher und Advokat Rapin (Lausanne) in französischer Sprache. Greulichs Referat war ein oratorisches Meisterstück, das der 200 bis 300 Teilnehmer zählenden Versammlung mehrmals tosende Beifallsstürme entlockte. Er betonte, dass tausendjährige Individualitäten wie die Völker Europas durch Phrasen nicht wegzuwischen seien, und dass sich nur der chauvinistische und der sentimentale, nicht aber der vernünftige Patriotismus überlebt hätten. Das schweizerische Vaterland sei ein Boden, der für den, der nicht rückwärts, sondern vorwärts wolle, noch der Verteidigung wert sei. Mit dem bürgerlichen Staat sei es noch lange nicht so weit, dass er nur einen Schupf brauche, um zu verschwinden. Nur ein Wahnsinniger könne behaupten, die Arbeiterschaft unserer Hauptindustrien sei jetzt schon zur Durchführung der gesellschaftlichen Produktionsform befähigt. Einstweilen gelte es, durch politische und gewerkschaftliche Arbeit Schritt für Schritt weiter zu kommen. Dem sei aber die antimilitaristische Liga, die die ganze Arbeiterbewegung diskreditiere, im Wege. Trotz den Antimilitaristen dürfe die Sozialdemokratie die nationale Gemeinschaft mit den Bauern nicht verleugnen und müsse für ein Volksheer eintreten, das in der Stunde der Gefahr das Land verteidigt.

Unter den Bekämpfern der Antimilitaristen taten sich dann durch gewandte Voten besonders noch die Genossen Beyeler (Lausanne) und Oberrichter Otto Lang (Zürich) hervor. Letzterer betonte, dass ein frivoler Angriff von aussen in der Schweiz einen wahren patriotischen Taumel entfesseln würde. Der Mangel nationalen Empfindens sei auch heute noch ein Zeichen innerer Fäulnis eines Volkes; ein solches Volk könnte sich auch für die sozialistischen Ideale nicht kräftig ins Zeug legen. Erst allmählich werde die patriotische Idee einen höheren Inhalt bekommen. Es gelte jetzt vor allem, die Agitation unter der Bauernsame, die das wichtigste Problem für die schweizerische Sozialdemokratie sei, nicht durch das antimilitaristische Wesen zu verpfuschen. Der wirksamste Revolutionär sei nicht der, der die schönsten Ideen und das grösste persönliche Heldentum besitze, sondern der, der hinter eine unter den vorliegenden Verhältnissen zu verwirklichende Forderung die stärkste Kraft setze.

Die definitive Fassung von These III lautet:

„Die Partei protestiert gegen die Verwendung von Wehrmännern bei Streiks.

„Da dieser Missbrauch in den letzten Jahren tatsächlich vorgekommen ist, verlangt sie Garantien gegen diese Wiederholung.

„Sie wird dem Projekte einer neuen Militärorganisation mit allen verfügbaren Mitteln Opposition machen, sofern diese Garantien darin nicht niedergelegt sind.

„Solange ihr diese Garantien nicht gegeben sind, rät sie den Soldaten, wenn diesen befohlen wird, streikende Arbeiter anzugreifen oder gegen sie die Waffen zu gebrauchen, den Gehorsam zu verweigern. Die sozialdemokratische Partei wird in solchen Fällen nach Möglichkeit die finanziellen Folgen, die den einzelnen und seine Familie treffen, zu erleichtern suchen und sich zu diesem Zwecke mit der gewerkschaftlichen Organisation in Verbindung setzen.

„Die Partei hält dafür, dass die beste Garantie gegen die Verwendung der Truppen in Streikfällen in der unablässigen, systematischen Aufklärung der Schweizerbürger über das Wesen der modernen Arbeiterbewegung und die ausschliessende Zweckbestimmung des Heeres, ferner in der Verstärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und damit der politischen Macht des Proletariats in Gemeinde und Staat liegt."

Um den Worten auch eine reale Basis zu geben, beschloss man die Gründung einer durch regelmässige Beiträge zu speisenden Kasse für Gehorsamsverweigerer mit 86 gegen 47 Stimmen.

Ohne Diskussion wurde folgende These IV angenommen:

„Die Partei verlangt eine auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute Organisation des Wehrwesens, die mit den demokratischen Einrichtungen im Einklang steht und der verfassungsmässigen Rechtsgleichheit nicht widerspricht.

„Sie verlangt eine Verminderung der Militärausgaben und bekämpft alle Aufwendungen, die nicht unbedingt durch die Zwecke der Landesverteidigung geboten sind."

Abgelehnt wurde dagegen mit 80 gegen 24 Stimmen ein Wiedikoner Antrag, wonach besondere Agitationskomitees hätten gewählt werden sollen, um die Gehorsamsverweigerung in dem in These III erwähnten Falle zu predigen.

——o——

## Der Roman „Die Waffen nieder"!

Im „Berl. Tagebl." erzählt Berta v. Suttner, wie ihr Roman entstand, der unter dem Titel „Die Waffen nieder" so bekannt geworden ist.

Es war zu Ende der 80er Jahre — ich also schon in gesetztem Alter — als mir infolge eifrigen Studiums naturwissenschaftlicher, philosophischer und historischer Werke die Idee aufdämmerte und allmählich bis zur tiefen Ueberzeugung sich steigerte, dass der Krieg eine aus barbarischen Zeiten überkommene und durch die Zivilisation zu überwindende Einrichtung sei.

Ich vertiefte mich immer leidenschaftlicher in das Problem und wollte auch mein Scherflein zur Verbreitung der Friedensidee beitragen. In meiner Eigenschaft als Schriftstellerin konnte ich dies wohl am besten durch eine literarische Arbeit tun. Ich wollte zunächst eine kleine Erzählung schreiben, in der die Leiden einer jungen Frau geschildert würden, die ihren geliebten Gatten auf dem Schlachtfelde verliert, und die, wie es mir selber geschehen war, zur allmählichen Verurteilung des Krieges gelangt. Mir zwar war diese Anschauung nur theoretisch aufgegangen, meine Heldin hingegen sollte durch den Einfluss eigener tragischer Erlebnisse dazu geführt werden.

Während ich aber den Plan zu der kleinen Erzählung ausarbeitete, wuchs mir der Stoff unter den Händen und im Geiste so sehr an, dass ich statt der Novellette einen zweibändigen Roman schrieb und dabei, um richtig dokumentiert zu sein, allerlei Quellenstudien anstellte. Ich las in den Generalstabswerken über die Feldzüge von 1859, 1864, 1866 und 1870/71 nach, verschaffte mir die Berichte der Militärärzte und der Gesellschaft vom Roten Kreuz, stöberte in Bibliotheken und Archiven nach den damals getauschten diplomatischen Noten und erlassenen Armeebefehlen, und mit diesen Dokumenten versehen, schuf ich den historischen Unterbau für das Werk meiner Phantasie und meiner glühenden Kriegsverdammung.

Nachdem ich unter das Manuskript das Wort „Ende" geschrieben und auf das Titelblatt den Ruf „Die Waffen nieder!" gesetzt hatte, fühlte ich mich weit kräftiger von der Friedensidee durchdrungen, als ehe ich die Arbeit begann. Ich schickte das Paket an die Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart, die bisher alle meine eingesandten Beiträge angenommen und mich eben um einen neuen ersucht hatte, zuversichtlich ab. Noch vor der üblichen Prüfungsfrist kam das Manuskript zurück. „Wir bedauern, aber dieser Stoff eignet sich nicht für einen Roman." Dann liess ich die Arbeit weiter wandern, und von sämtlichen Redaktionen, denen ich sie anbot, wurde sie abgelehnt. „Dafür hat unser Publikum kein Interesse.." — „Würde grosse Leserkreise verletzen..." — „Ist in unserem Militärstaat durchaus unmöglich..." Diese und ähnliche Sätze begründeten die Ablehnungen der Redaktionen.

Nun wollte ich den Buchverlag versuchen und trug den Roman meinem langjährigen Verleger E. Pierson in Dresden an. Dieser überlegte sich die Sache lange. Auch er hatte Bedenken. Er riet mir, den allzu herausfordernden Titel zu ändern und von einem bewährten Politiker die Stellen prüfen und ändern oder ausmerzen zu lassen, welche in militärischen und staatsmännischen Kreisen Aergernis hervorrufen könnten.

Das lehnte ich mit aller Entschiedenheit ab. Der Titel enthielt die ganze Tendenz, die ich dem Leser nicht hinterrücks oktroyieren, sondern offen verkünden wollte, und gerade die Stellen, die Aergernis geben könnten, waren jene, die den Sinn, die raison d'être des Buches ausmachten. Dieses müsse erscheinen, so wie es ist, gab ich zur Antwort, oder gar nicht. Pierson entschied sich für das erstere.

Als ich später in der Friedensbewegung mich betätigte, glaubten gar viele, ich hätte den Roman im Dienste der eigenen Berufstätigkeit verfasst. Der Fall

**Druckarbeiten aller Art**

liefert prompt und billig

Haller'sche Buchdruckerei in Bern

**12 d Laupenstrasse 12 d**